

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesia (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Preis: Einzelheft 4 Pf., Vierteljahr 17,50 RM., halbes Jahr 32,50 RM., pro Monat 2,75 RM. (Postgebühren inbegriffen). Druck: 4 Blätter. Verleger: Arbeiterzeitung, c. o. m. b. h., Breslau, Postfach Nr. 11000. — Fernsprech-Nr. 2607.

Dienstag, 19. Sept. 1922

Abbestellung: Die Abbestellung muss spätestens 10 Tage vor dem Ende des Monats bei der Redaktion erfolgen. Die Abbestellung muss schriftlich erfolgen. Die Abbestellung muss mit dem Namen des Abbestellers versehen sein. Die Abbestellung muss mit dem Namen des Abbestellers versehen sein.

Zwei Einigungen!

Einigung mit Stinnes der SPD-Führer. — Einigung zum Kampf der Arbeiterschaft.

In Augsburg trat am Sonntag der Parteitag der SPD zusammen.

Worüber können die Sozialdemokraten von der Fraktion Scheidemann-Roske-Wels reden? Sollen sie ein Siegesgeheul anstimmen über den Bankrott der USPD? Sie tun das nicht; nicht einmal Sunow tut das, der Erbfeind Kautskys, der den Eintritt der USPD in die große sozialdemokratische Partei griesgrämig bekräftigt. Sie trompeten über ein einziges Thema: Freut euch, Proleten, ihr seid geehrt!

Doch, diese Trompetenlänge klingen hohl. Drohend hinter dem Parteitag von Augsburg das Gespenst des Hungers. Drohend wird dieses Gespenst hinter dem Parteitag in Gera stehen, drohend hinter der Säugung in Nürnberg.

Als sie, die Schläuen, die schleunige Verschmelzung beschlossen, schien ihnen die Zeit günstig; sie nützten die von ihnen absichtlich verpöschelte Bewegung nach der Ermordung Rathenaus aus, um das Proletariat von seinen Aufgaben abzuziehen. Die Reparationskrise wurde immer unlösbarer; mit Stinnes, oder gegen Stinnes — so stand die Frage.

Und sie sagten, SPD wie USPD: mit Stinnes. Deshalb schrien sie nach Einigung.

Das Proletariat, müde der Niederlagen, klammerte sich an das Wort: was den Schiefern vom Parteivorstand der SPD und den Bankrotteuren aus der Leitung der „revolutionären“ USPD ein Manöver zur Ablenkung war, das war, das ist dem Proletariat ein tiefes, ein wurzelechtes Gefühl. Die Einigkeit, die Einheitsfront, die die Arbeiter wollen, ist die Einigkeit, die Einheitsfront des Kampfes gegen die Seuerung, das ist: gegen die Bourgeoisie.

An demselben Tage, an dem die SPD-Delegierten in Augsburg Schaumschlägereien über die „Einigung“ vorgeführt bekommen werden, treten in Berlin Delegierte aus allen Gauen, Betriebsräte, zusammen, denen es ernst ist um die Einigung des Kampfes. Jene wollen dem Kampf ausweichen — diese wollen den Kampf in breiter Front beginnen. Beide sagen: Einheitsfront; doch der Inhalt des Wortes ist entgegengesetzt.

Die Kaisersozialisten, die auch Volksbeauftragte (des Rätekongresses) sein konnten, als ihnen das passend erschien, wurden zu Roske-Sozialisten, Organisatoren und „Führern“ weißer Mörderbanden, die das Proletariat abschlachteten, als sich das Proletariat erhob. Aus „Führern“, für die sie sich hielten — selbst die „Freiheit“ hatte das damals begriffen — wurden sie Gesangsangene der Konterrevolution. Aus Roske-Sozialisten wurden sie Stinnes-Sozialisten; vom Scheidemann kamen sie auf Roske und Wüning, von Roske auf Paul Leusch. Bei dieser Stappe halten sie in Augsburg und schreien: Einigkeit!

Und während sie ihre Jubellieder anstimmen, ballt sich unten, in den proletarischen Siefen, eine neue Macht zusammen.

Mit Stinnes oder gegen ihn — das war die Frage für die SPD-Führer. Gegen die Seuerung, also gegen Stinnes, gegen die Koalitionspolitik, gegen die Sozialdemokratie ist die Antwort der Massen. Dumpf kommt sie erst und meist noch nicht formuliert. Unbeholfen kommt sie und langsam.

Aber sie kommt und sie wird die Antwort sein auf das Triumphgeheul der Regisseure von Augsburg.

„Einheit“ — jawohl. Und um der Einheit willen laufen Tausende und aber Tausende ehrlicher Arbeiter heute noch zur Vereinigten SPD.

Aber dieselben Arbeiter stellen die Frage, tagtäglich, ja stündlich: und was sollen wir gegen die Seuerung gegen den Hunger tun, gegen die Kälte? Was rätet ihr, große Führer der großen SPD, uns zu tun?

Und jene antworten: mehr arbeiten, dulden, leiden, Steuern zahlen und euch über die Einigkeit freuen.

Diese Einheit ist die Einheit zum Nutzen Stinnes'. Die SPD braucht jetzt eine Atempause. Eine Atempause braucht erst recht die bankrotte USPD. Womit sollen sie die hungrigen Arbeiter füttern? Mit ihren Noten an die Reparationskommission? Oder mit den Versprechungen ihres lendenlahmen „Aktionsprogramms“? Die Arbeitermassen hungern, sind zerlumpt, werden frieren — die Vereinigten Sozialdemokraten werden ihnen sagen: dafür seid ihr einig!

Die Arbeitermassen brauchen mehr als diese schöne Versicherung. Die Arbeitermassen beschreiten den Weg der Selbsthilfe — und das ist der entgegengesetzte Weg, gerade der Weg, den die Sozialdemokraten ihnen verrateln wollen. Die Sozialdemokraten als Apostel der Einigung — gerade in dem Augenblick, in dem ihre Paeplov und Scheffel erklären, sie würden jeden aus ihren Gewerkschaften hinauswerfen, der den wirklichen, einzigen Weg der Einigung geht, der Einigung des Kampfes — dieses Bild ist nicht nur grotesk, nicht nur widerlich ob seiner Heuchelei, es ist tieftragisch. Diese neue „Einigung“, die in Augsburg eingeläutet wird, ist der letzte Bremskloß vor der wirklichen Einigung der Arbeiterschaft. Sachliche Lösungen sachlicher Fragen können in Augsburg nicht gefunden werden — es sei denn, daß man eine Bestätigung der Sörlinger Beschlüsse für eine „Lösung“ erklärt. Aber die „Einiger“ von Augsburg, die heute nur noch die Spalter der Arbeiterbewegung, die Spalter der Gewerkschaften auch sein wollen, müssen den Sörlinger Weg fortsetzen; die Sore zu Stinnes stehen weit auf, und die Inskripten an diesem Paradies lauten: Mehrarbeit! Kein Streikrecht! Mehr Steuern!

Ein Zurück gibt es nicht für die SPD. Für die noch nicht geeinte, wie für die Vereinigte nicht.

Denn ein Zurück würde bedeuten: in den schärfsten Klassenkampf, den sie nicht einmal in ihrem „Programm“ ordentlich zu formulieren wagen.

Die Einigung in Augsburg ist die Einigung mit Stinnes.

Die wirkliche Einigung des Proletariats geschieht anderswo.

Die Partei des Sozialchauvinismus und des Arbeiterverrats wird noch einige Wochen prunten können mit ihren Erfolgen. Das ist die letzte Blüte vor dem Verwelken.

Eine einzige Partei hat heute das deutsche Proletariat noch, mögen noch so viele Proletarier in der USPD organisiert sein.

Die Einigung mit dieser einzigen Klassenkampfpartei, der KPD — das ist die Einigung des Proletariats. Dieser Prozeß hat bereits begonnen. Er wird desto mehr beschleunigt werden, je „einiger“ die USPD in ihrer Politik des Arbeiterverrats wird, die den Arbeitern nichts gibt als Phrasen und die Hungerpeitsche.

Die Aktion der Betriebsräte von Rheinland-Westfalen

Ueber 400 Betriebsräte des Kreises Solingen haben auf einer Sitzung in Opladen Stellung genommen zu der völlig passiven Haltung der Spitzenorganisation gegen Rot, Glend und Verflabung des deutschen Proletariats. Eine Entschlieung brachte zum Ausdruck, daß die Arbeitermassen jeden Glauben an eine tatsächliche Hilfe durch die Spitzenorganisation verloren haben. Es heißt:

Während noch vor wenigen Wochen der Leipziger Gewerkschaftskongreß ausdrücklich betonte, daß die 10

Forderungen der USPD, besonders aber die Sachwertfassung, sofort durchführbar sind, wissen die Führer nichts anderes zu tun, als händelnd zu Witz zu laufen und sich neben Christen und sonstigen Spielern als Beschützer des sterbenden kapitalistischen Deutschlands anzubieten. Die Versammelten wollen nicht, daß durch die weiße Salbe der „Forderungen“ der Gewerkschaften das Leben der kapitalistischen Maschinerie geteilt wird, sondern fordern Maßnahmen, die das Leben des Proletariats ermöglichen, fordern den Kampf zur Verhütung des Massensterbens und Verderbens des schaffenden Volkes.

Bei weiterer Verelendung der Massen werden diese bestimmt zu Verzweiflungsattionen getrieben werden. Alles vergossene Blut fällt dann auf diejenigen zurück, denen die Erhaltung des kapitalistischen Staates, das Leben der besitzenden Klasse, mehr am Herzen liegt, als die Existenz der Arbeiterschaft. Wir rufen den Spitzenorganisationen zum letzten Male zu: Verkürzt den proletarischen Leidensweg! Treibt Klassenkampfpolitik!

Die 400 Betriebsräte des Kreises Solingen haben weiter eine Kommission zur Vorbereitung des Betriebsrätekongresses für Rheinland-Westfalen gebildet. Darauf wurde in einer konstituierenden Sitzung aller Mitglieder der Betriebsräte-Ausschüsse für Rheinland-Westfalen die letzten organisatorischen Maßnahmen für den Betriebsrätekongreß für Rheinland-Westfalen beschlossen, zur Konferenz des Reichsausschusses der Betriebsräte in Berlin wurden Delegierte entsendet.

Zur Werbewoche der Partei.

Die Partei beginnt am 24. September, dem Tag der Verschmelzung der beiden menschenwürdigen Parteien, eine Werbewoche. Diese Woche soll dazu dienen, nach Möglichkeit jeden Arbeiter, der bisher der SPD oder USPD angehört sowie jeden politisch unorganisierten Arbeiter vor die Frage zu stellen, welchen Weg er gehen will, den der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital oder den des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie. Die Werbewoche muß aber auch dazu dienen, an Schichten der Bevölkerung heranzugehen, die bisher dem Klassenkampf verständiglos gegenüberstanden, an die kleinen Beamten, Soldaten, Polizisten, die häufig nicht einmal ahnen, daß sie proletarische Existenzen sind und keine Ahnung davon haben, welche Rolle sie im Prozeß der Klassenkämpfe spielen.

Es sind also zwei Teile der Arbeit, die zu leisten ist. Der erste, die Agitation unter dem Industrieproletariat und Landproletariat, ist keine neue Aufgabe. Aber gerade heute ist diese Aufgabe wesentlich erleichtert. Die USPD-Arbeiter laufen zur SPD. Im Namen der „Einheitsfront“. Die wichtigste Aufgabe ist es also, im „Betriebe von Mann zu Mann, in Gewerkschaftsversammlungen, in öffentlichen Versammlungen mit den Arbeitern der beiden sozialistischen Parteien sich ernsthaft darüber auseinanderzusetzen, was Einheitsfront ist. Die Führer der menschenwürdigen Parteien müssen das tiefe, ehrliche Gefühl der proletarischen Massen zur Einigkeit des Kampfes, der Abwehr gerade zur Sabotage des Kampfes. Das ist im einzelnen nachzuweisen. Das ist nachzuweisen an allen Vorkommnissen der letzten Monate (Eisenbahnerstreik, Aktion der drei Internationalen, Rathenaufkampagne), und das ist nachzuweisen an der Praxis in jenen Ländern, in denen die Sozialdemokraten, wie sie sich ausdrücken belieben, „an der Macht“ waren oder sind (Sachsen, Thüringen, Braunschweig). Hieran ist sofort zu knüpfen eine Agitation für wirkliche Einheitsfront, Einheitsfront der proletarischen Massen im Kampf um bestimmte Ziele, wie heute z. B. gegen die Seuerung und um die Kontrolle der Preise und der Produktion. Gerade an diesen Beispielen kann glänzend gezeigt werden, was der Unterschied ist zwischen der sozialdemokratischen Phrase von der Einheitsfront, die lediglich auf Sentimentalität spekuliert, und zwischen dem, was der Klassenbewußte Arbeiter darunter verstehen will. Hieran aber kann man rückwärts sofort an der Geschichte der USPD und SPD nachweisen, daß sie Einheitsfront

Die Hamburger Werften für den Reichsbetriebsrätekongreß.

Eine am 15. September stattgefundene Versammlung der Betriebsräte der Hamburger Schiffswerften beschloß einstimmig: Falls vom Ortsrat kein Delegierter zum Fünfjahreskongreß nach Berlin für die Vorarbeiten zum Reichsbetriebsrätekongreß entsandt wird, werden die Arbeiterräte der Hamburger Schiffswerften selbst einen Kollegen delegieren.

Das Verhältnis zwischen Partei und Union.

Die alte Kommunisten-Verfassung.

Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Über die Arbeit der Kommunisten in den freien Gewerkschaften und Angestelltenverbänden bestehen keine Meinungsverschiedenheiten.

Der kleine fortgeschrittene Teil hat klar erkannt, daß dem Kampf gegen die Unternehmertum nur mit derselben zentralistischen Organisation entgegengetreten werden kann.

Die Partei enthält neben einer Schicht guter Klassenkämpfer die zu allen Dingen bereit sind, auch eine Anzahl politisch und gewerkschaftlich ungeschulter Arbeiter.

Die Beiträge müssen so hoch gesetzt werden, daß die Union auch größere wirtschaftliche Kämpfe finanzieren kann.

Dreifache Eisenbahntarife!

Ab 1. November.

Am 16. tagte auf Einladung des Reichsverkehrsministers der ständige Ausschuss des Reichseisenbahnrats zur Beratung der notwendig werdenden weiteren Erhöhungen der Eisenbahntarife.

Die Gehalts- und Lohnbewegung der Eisenbahner und Beamten.

Die Streikbewegung der Eisenbahner im besetzten Gebiet und die Kampfstimmung der Eisenbahner im ganzen Reich hat die Gewerkschaftspitzen bewegt.

Die Antwort der Koalitionsregierung war, was die Wirtschaftshilfe anbetrifft, scharf ablehnend.

Für die ablehnende Haltung der Koalitionsregierung und der Finanzverwaltung der Verhandlungen ist eine sehr gespannte Situation entstanden.

Die Volkspartei reicht der SPD. die Hand.

Die SPD brachte die Nachricht vom bevorstehenden Zusammenschluss der volksparteilichen Landtagsfraktion und kündigte daran das Gerücht, daß die Volkspartei ihren Austritt aus der preussischen Regierung in Erwägung ziehe.

Die SPD hat die Nachricht vom bevorstehenden Zusammenschluss der volksparteilichen Landtagsfraktion und kündigte daran das Gerücht, daß die Volkspartei ihren Austritt aus der preussischen Regierung in Erwägung ziehe.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Der Kampf nicht nur im Klassenkampf, sondern auch im Kampf der Arbeiter gegen die Unternehmertum.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

341 Milliarden Reichsschuld!

Zu der ersten Septemberbedarfe veranschlagt das Reich an Ueberweisungen der Finanzstellen an Steuern, Zollen und Gebühren nach Abzug der von den Finanzstellen und Verwaltungskosten geleisteten Ausgaben 5969190000 RM.

Am 1. April 1921 betrug die schwebende Schuld des Reichs 167 Milliarden, am 1. April 1922, 271 Milliarden, am 10. September um 70 Milliarden mehr, nämlich 341 Milliarden!

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Klassenkampf auf der ganzen Linie.

Die Bauarbeiter gehen voran. Mit dem rasenden Steigen der Preise aller Lebensmittel und Bedarfsgegenstände sind auch die Bauarbeiter gezwungen, wenn sie sich ihre Existenz erhalten wollen, entsprechend der Steigerung der Lebenshaltungskosten zu handeln.

Zarif im Baugewerbe. Für den Freistaat Sachsen wurden am 31. August die Löhne für das Baugewerbe vereinbart.

Bauarbeiterstreik in Glauchau und Annaberg. In der am 1. September stattgefundenen Bauarbeiter-versammlung, in der bekanntgegeben wurde, daß die ortslichen Verhandlungen gescheitert sind, und die Besitzverhandlungen nur einen geringen Zuschlag erbracht haben, wurde mit großer Stimmenmehrheit 27 für den Streik und 50 gegen den Streik, der Streik beschlossen.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die alte Kommunisten-Verfassung. Die Kommunistische Partei verlangt von den Gewerkschaften nicht nur auf politischem Gebiet, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet den Kampf.

Die erste kommunistische Volksversammlung fand hier am 1. September statt. Sie war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Genosse J. J. J. behandelte das Thema: "Die Forderung und die Aufgabe der Arbeiterpartei und Kleinbauern". Redner verstand es, die Anwesenden zu fesseln und führte ihnen vor Augen, wer an der Forderung Schuld sei und wie rasch gewisse Kreise immer noch auf Kosten der Proleten ihr Schäfchen zu schüren wüssten. Reichen Beifall erntete Genosse J. J. J. am Schluß seiner Ausführungen. Zur Diskussion meldete sich, trotz wiederholter Aufforderung seitens des Verammlungsleiters Genossen M., niemand. Die hiesigen SPD-Größen hatten es wohlweislich vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. Jedenfalls aus Furcht, es möchte ihnen die Schamdecke ins Gesicht steigen. In dem Schlusswort ging Genosse J. J. J. scharf mit SPD und USPD ins Gericht wegen ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik und der Koalition mit Sinnes. Auch brandmarkte er das Gesetz zum Schutze der Republik, welches doch zum größten Teil gegen Kommunisten angewandt wird. Unsere Saat fiel auf guten Boden. Eine Seltersammlung für die rote Hilfe ergab den Betrag von 155 M.

Schlesische Rundschau.

Wir helfen jetzt

Das die Schlesische Bergarbeiterschaft wieder einmal das Thema vom Hunger berührt und sich dabei recht lächerlich macht. Die Verhältnisse in ihrer Heimat sind, die Kommunisten wollen eigene kommunistische Gewerkschaften gründen. Wir werden aber ihnen nicht die Freude machen, daß wir aus den Gewerkschaften austreten und den Reformisten das Feld überlassen. Wir gehen nicht aus den Gewerkschaften heraus, um neue zu gründen, sondern wir bleiben in den reformistischen Gewerkschaften, um aus ihnen kommunistische, d. h. Organisations des proletarischen Klassenkampfes zu machen. Und wir werden es tun trotz aller blöden Sägen der sozialdemokratischen Nachwächter.

Heiderdorf.

Die erste kommunistische Volksversammlung fand hier am 1. September statt. Sie war den Verhältnissen entsprechend gut besucht. Genosse J. J. J. behandelte das Thema: "Die Forderung und die Aufgabe der Arbeiterpartei und Kleinbauern". Redner verstand es, die Anwesenden zu fesseln und führte ihnen vor Augen, wer an der Forderung Schuld sei und wie rasch gewisse Kreise immer noch auf Kosten der Proleten ihr Schäfchen zu schüren wüssten. Reichen Beifall erntete Genosse J. J. J. am Schluß seiner Ausführungen. Zur Diskussion meldete sich, trotz wiederholter Aufforderung seitens des Verammlungsleiters Genossen M., niemand. Die hiesigen SPD-Größen hatten es wohlweislich vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben. Jedenfalls aus Furcht, es möchte ihnen die Schamdecke ins Gesicht steigen. In dem Schlusswort ging Genosse J. J. J. scharf mit SPD und USPD ins Gericht wegen ihrer Arbeitsgemeinschaftspolitik und der Koalition mit Sinnes. Auch brandmarkte er das Gesetz zum Schutze der Republik, welches doch zum größten Teil gegen Kommunisten angewandt wird. Unsere Saat fiel auf guten Boden. Eine Seltersammlung für die rote Hilfe ergab den Betrag von 155 M.

Gewerkschafts-Bewegung.

Von den Bürokraten eingeseift.

Zur Breslauer Betriebsräte-Vollversammlung.

Die Erregung, die in den letzten Wochen durch die Arbeiterpartei geht, läßt den Gewerkschaftsbürokraten keine Weile Ruhe, denn sie ahnen, daß es diesmal um das Ende der Arbeitsgemeinschaftspolitik geht. Sie suchen nach einem Mittel, die Bewegung abzuwenden. Bezeichnenderweise fanden sie es in den Breslauer Betriebsräten, die, statt den revolutionären Willen ihrer Kollegen im Betriebe durchzusetzen, sich von den Gewerkschaftsbürokraten nach allen Regeln der Kunst einseifen lassen. Die Bürokraten beriefen eine Betriebsrätevollversammlung ein, die sich nach ihrem Willen in erster Linie mit der Bodenfrage beschäftigen sollte. Was könnte es auch wichtigeres geben? Denn daran, daß die Proleten vor Hunger beinahe verrecken, daß ihre Kinder im Winter barfuß laufen müssen, daran sind allein die Agrarier schuld, die Land brach liegen lassen und nicht etwa das System, das den Agrariern ihr Verbrechen ermöglicht, das den Kapitalisten Freiheit und Recht gibt, die Proleten bis zum Weißbluten zu schinden. Und statt gegen dieses System etwas zu unternehmen, statt revolutionäre Organe zu schaffen, die es beschneiden sollen, lassen sich die Betriebsräte Breslaus durch schöne Versprechungen einwickeln. Nachstehender

Diese Liste

ist die kommunistische Partei der Sozialisten in 1. Oktober 1912 in Schlesien gegründet.

Genosse J. J. J.	Genosse K. K. K.	Genosse L. L. L.
Genosse M. M. M.	Genosse N. N. N.	Genosse O. O. O.
Genosse P. P. P.	Genosse Q. Q. Q.	Genosse R. R. R.
Genosse S. S. S.	Genosse T. T. T.	Genosse U. U. U.
Genosse V. V. V.	Genosse W. W. W.	Genosse X. X. X.
Genosse Y. Y. Y.	Genosse Z. Z. Z.	Genosse A. A. A.

Ihr gehört alle proletarischen Stimmen! Denn sie vereint revolutionäre Proleten! Kein Bürger, keiner von den reformistischen Schergen des Kapitals steht auf eurer Seite. Nur Arbeiter, die gegen ihre Ausbeutung zu kämpfen bereit sind!

Darum auf, Arbeiterwähler von Nieder-Salzburg! Nur Arbeiter, nur eure Klassengenossen dürft und müßt ihr wählen!

Bericht über die Vollversammlung

zeigt das deutlicher: Die am vergangenen Sonntag in Breslau stattgefundene Betriebsrätevollversammlung befahte sich mit folgender Tagesordnung:

1. Bodenfrage - Geldnot. Ref.: Kollege Bender.
2. Maßnahmen gegen die Seuruna.
3. Geschäftliches.

Kollege Ruffert eröffnete die Versammlung und gab die Tagesordnung bekannt. Es wurde von Kollegen Rohnstock ein Geschäftsordnungsantrag auf Umänderung der Tagesordnung gestellt und zwar so, daß der zweite Punkt als erster zu kommen hat. Kollege Rohnstock ging in seiner Begründung auf die Notwendigkeit der Abänderung ein. Kollege Ruffert wandte sich gegen eine Umstellung. Darauf sprachen die Kollegen Gärtner und Obst für Umstellung der Tagesordnung. Kollege Ruffert ließ nun über den Antrag Rohnstock abstimmen. Derselbe wurde mit großer Mehrheit angenommen. Demzufolge wurde der zweite Punkt zuerst behandelt: Maßnahmen gegen die Seuruna.

Kollege Adelt nahm nun das Wort und ging auf den Antrag, welcher von den städtischen Betriebsräten vorlag, ein, desgleichen besprach er die heutige wirtschaftliche Lage der Arbeiterpartei. Er wies weiter auf den Wucher und seine Bekämpfung hin und machte verschiedene Ausführungen von den Maßnahmen der Gewerkschaften sowie der Regierung gegen dieses Treiben von Wuchern und Schiebern. Er wies nach, daß es notwendig ist, Kontrollausschüsse einzusetzen, um der weiteren Verelendung steuern zu können. Nunmehr sprach Kollege Kremler. Er schloß sich in gewisser Beziehung ebenfalls obigen Ausführungen an, indem auch er forderte Kontrolle der Devisen, des Handels usw. Kontrolle der Produktion ist ja Erfassung der Sachwerte. Der USPD hat die Parole aufgestellt. Nun stellt der Kollege Klar den Antrag, daß Kollege Bender zur Bodenreform jetzt das Wort erhalte, da dort Wege gezeigt würden, um die Ursachen der Seuruna prüfen zu können. Kollege Gärtner wandte sich dagegen und forderte Beibehaltung des zweiten Punktes als ersten der Tagesordnung. Es kam nun

Die Gewerkschaftsbürokraten können zufrieden sein. Sie haben es glänzend verstanden, die Betriebsräte zu beruhigen, oder besser gesagt, die gutgläubigen Breslauer Betriebsräte haben sich glänzend beruhigen lassen. Sie sind wieder auf die leeren Versprechungen der Bürokraten hereingefallen. Was versprechen die Bürokraten? Die Erfassung der Sachwerte soll durchgeführt, ein Betriebsrätekongress vom USPD einberufen werden. Seit fast einem Jahre erwartet die deutsche Arbeiterpartei die Erfassung der Sachwerte. Der USPD hatte die Forderung aufgestellt, ohne sich darüber zu verlauten, wie denn die Erfassung der Sachwerte durchgeführt werden soll. Und die Betriebsräte haben sich am Sonntag wiederum damit begnügt, daß die Bürokraten "fordern" und versprechen. Sie haben nicht ein Wort darüber gesprochen, wie denn die Forderungen errungen, welche Mittel dazu angewandt werden sollten. Und dann gar der Reichs-Betriebsrätekongress des USPD. Diese Versprechung ist nichts

Es ist ein Antrag aus der Versammlung ein, der folgende Forderungen enthält:

1. Beschließung des Betriebsrätekongresses;
2. Durchführung der Sachwertfassung.

Nun sprach Kollege Jänich. Er befahte sich ebenfalls mit der Bodenfrage. Es müßten Aktionen vom USPD in die Wege geleitet werden, die Sachwert müßten unbedingt erfasst werden. Er lehnt den Kongress ab, der USPD soll es tun. Danach sprach Kollege Sater. Auch er forderte Kontrolle der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, die durch die Betriebsräte durchzuführen ist. Deshalb muß der Kongress kommen, durch ihn soll die Kontrolle der Produktion errungen werden. Kollege Klar, der nun das Wort ergriff, wandte sich gegen den Kongress in dieser Form. Nur vom USPD, mit ihm und nur durch ihn wäre es möglich, etwas zu unternehmen. Er erhob zum Antrag, daß nur vom USPD ein Kongress einzuberufen sei. Nunmehr erhielt Kollege Rohnstock das Wort und ermahnte die Kollegen, heute mehr denn je auf dem Posten zu sein. Der USPD muß gezwungen werden, den Kampf aufzunehmen. Kontrollausschüsse müssen geschaffen werden. Es ging nun ein Antrag auf Schluß der Debatte ein, dem zugestimmt wurde. Hierauf nahm nun Kollege Ruffert das Wort. Er wandte sich gegen Schaffung von Kontrollausschüssen. Die Sachwertfassung wäre ein Unfuss, nur ein Schlagwort. Die 10 Punkte lassen sich nicht gleich durchführen. Das sind Programmpunkte. Nach Annahme etlicher Anträge wurde die Versammlung geschlossen.

Die Gewerkschaftsbürokraten können zufrieden sein. Sie haben es glänzend verstanden, die Betriebsräte zu beruhigen, oder besser gesagt, die gutgläubigen Breslauer Betriebsräte haben sich glänzend beruhigen lassen. Sie sind wieder auf die leeren Versprechungen der Bürokraten hereingefallen. Was versprechen die Bürokraten? Die Erfassung der Sachwerte soll durchgeführt, ein Betriebsrätekongress vom USPD einberufen werden. Seit fast einem Jahre erwartet die deutsche Arbeiterpartei die Erfassung der Sachwerte. Der USPD hatte die Forderung aufgestellt, ohne sich darüber zu verlauten, wie denn die Erfassung der Sachwerte durchgeführt werden soll. Und die Betriebsräte haben sich am Sonntag wiederum damit begnügt, daß die Bürokraten "fordern" und versprechen. Sie haben nicht ein Wort darüber gesprochen, wie denn die Forderungen errungen, welche Mittel dazu angewandt werden sollten. Und dann gar der Reichs-Betriebsrätekongress des USPD. Diese Versprechung ist nichts

Koalitionspolitik oder Klassenkampf?

Von Rosa Luxemburg.

Die Aufsätze, in denen Rosa Luxemburg 1899 bis 1902 in der "Neuen Zeit" die Entwicklung und die Ergebnisse der sozialistischen Arbeiterpartei in Frankreich und die durch sie bedingte Krise des französischen Sozialismus untersuchte, werden durch ihre Zusammenstellung und Veröffentlichung in dem Bande "Koalitionspolitik oder Klassenkampf" von unserer Partei im richtigen Augenblick der Vergessenheit entzogen. Es handelt sich in diesen Aufsätzen um die einzige tiefgründige und zusammenhängende Darstellung der Praxis der Koalitionspolitik, die die sozialistische Literatur besitzt und die, mit Rosa Luxemburgs "Sozialreform oder Revolution" zusammengefaßt, eine erschöpfende Kritik der Theorie und Praxis des sozialdemokratischen Opportunismus ergibt.

In dem Augenblick, wo die Sozialdemokraten in Deutschland die letzten Konsequenzen der Koalitionspolitik ziehen durch die Bereitschaft, mit der Partei der Großbourgeoisie die Regierung zu teilen, in dem Augenblick, wo durch die Verschmelzung der SPD und USPD das Problem der sozialistischen Einigkeit im Zusammenhang mit der Koalitionspolitik in ein neues Stadium rückt, ist sowohl das Ergebnis der Untersuchung, zu dem Rosa Luxemburg gelangt, wie auch die Methode ihrer Untersuchung für das deutsche Proletariat von höchster Bedeutung.

Vom Standpunkte der opportunistischen Auffassung des Sozialismus, wie sie in der letzten Zeit in unserer Partei, namentlich in den Theorien Bernsteins laut wurden, d. h. vom Standpunkte der ständischen Einführung des Sozialismus in die bürgerliche Gesellschaft, muß auch der Eintritt der sozialistischen Elemente in die Regierung ebenso erwünscht wie natürlich erscheinen. Kann man einmal den Sozialismus überhaupt allmäh-

lich, in kleinen Dosen in die kapitalistische Gesellschaft einschmuggeln, und verwandelt sich andererseits der kapitalistische Staat von selbst allmählich in einen sozialistischen, denn ist eine fortschreitende Aufnahme von Sozialisten in die bürgerliche Regierung sogar ein natürliches Ergebnis der fortschreitenden Entwicklung der bürgerlichen Staaten, ganz entsprechend ihrer angeblichen Annäherung zur sozialistischen Mehrheit in den gesetzgebenden Körpern. Stimmt der Fall auf diese Weise mit der opportunistischen Theorie, so entspricht er nicht minder der opportunistischen Praxis. Da die Erzielung naheliegender greifbarer Erfolge, gleichwohl auf welchem Wege, die leitende Linie dieser Praxis bildet, so muß der Eintritt eines Sozialisten in die bürgerliche Regierung dem "praktischen Politiker" als ein unerschütterliches Erfolge erscheinen. Was kann nicht ein sozialistischer Minister alles an kleinen Verbesserungen, Bänderungen, an allerhand sozialem Flickwerk durchführen!

Anderst stellt sich die Frage dar, wenn man von dem Standpunkt ausgeht, daß die Einführung des Sozialismus erst nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Ordnung in Angriff genommen werden kann, und daß die sozialistische Tätigkeit sich gegenwärtig bloß auf die - objektive und subjektive - Vorbereitung dieses Moments durch den Klassenkampf reduziert. Es ist freilich Tatsache, daß die Sozialdemokratie, um praktisch zu wirken, alle erreichbaren Positionen im gegenwärtigen Staate einnehmen, überall vordringen muß. Allein als Voraussetzung gilt dabei, daß es Positionen sind, auf denen man den Klassenkampf, den Kampf mit der Bourgeoisie und ihrem Staate führen kann.

In dieser Beziehung besteht aber zwischen den gesetzgebenden Körpern und der Regierung eines überlichen

Staates ein wesentlicher Unterschied. In den Parlamenten können die Arbeitervertreter, wo sie mit ihren Forderungen nicht durchdringen können, sie doch wenigstens in der Weise vertreten, daß sie in oppositioneller Stellung verharren. Die Regierung hingegen, die die Ausführung der Gesetze, die Aktion zur Aufgabe hat, hat keinen Raum in ihrem Rahmen für eine prinzipielle Opposition, sie muß in allen ihren Gliedern und stets handeln, sie muß deshalb ... doch stets einen grundsätzlichen gemeinsamen Boden unter den Füßen haben, der ihr das Handeln ermöglicht, den Boden des Bestehenden, mit einem Wort, den Boden des bürgerlichen Staates. Der äußerste Vertreter des bürgerlichen Radikalismus kann im großen und ganzen mit dem rückständigsten Konservativen Seite an Seite regieren. Ein prinzipieller Gegner des Bestehenden hingegen steht vor der Alternative: Entweder auf Schritt und Tritt der bürgerlichen Mehrheit in der Regierung Opposition zu machen, d. h. tatsächlich kein aktives Mitglied der Regierung zu sein - ein augenscheinlich unbilliger Standpunkt, der zur Entfernung des sozialistischen Mitgliedes aus der Regierung führen müßte - oder aber die Sache schließlich mitzumachen, die täglich zur Erhaltung und zum Fortlauf der Staatsmaschine in jedem Regierungszweig notwendigen Funktionen zu verrichten, d. h. tatsächlich kein Sozialist, wenigstens nicht in den Grenzen des Regierungsamtes zu sein.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist der Sozialdemokratie dem Wesen nach die Rolle einer oppositionellen Partei beigezeichnet, als regierende darf sie nur auf den Trümmern des bürgerlichen Staates auftreten.

*) Rosa Luxemburg: "Koalitionspolitik oder Klassenkampf". Dina-Berlag-Berlin, zu beziehen durch die Produktionsgenossenschaft für die Provinz Schlesien.

als ein glatter Prozess. Das zur Stunde ist nur bekannt, daß der KPD durch den Kampf... Die Arbeiter sind nicht zu überreden... Die Arbeiter sind nicht zu überreden... Die Arbeiter sind nicht zu überreden...

Notales.

Sangwaltersdorf. Oeffentliche Volksversammlung der KPD. Am 10. 9. fand hier eine Volksversammlung der KPD statt. Genosse Bielewalski referierte über das Thema: "Wie kann die Notlage der arbeitenden Massen gelindert werden?"

Mitglieder-Sammlung des Zentralkomitees. Am Sonntag, den 10. September, fand die Mitgliederversammlung statt. Das Protokoll wurde vorgelesen und widerspruchsfrei angenommen. Es wurden wieder fünf Genossen aufgenommen.

Schönberg O/S. Oeffentliche Versammlung. Am 9. 9. fand hier eine Versammlung der KPD statt. Genosse Bielewalski referierte über das Thema: "Wie kann die Notlage der arbeitenden Massen gelindert werden?"

Waldburg.

Stadtverordnetenversammlung.

Kommunistische Anträge gegen die Steuerung. Sozialdemokratischer Rubbelhandel mit dem Bürgertum. Mit einer reichhaltigen Tagesordnung wurde die letzte Sitzung eröffnet. Bevor man zur eigentlichen Tagesordnung die 31 Punkte sah, übergab Herr Sillig für den ausführenden Stadtverordneten Herrn Schlichter durch Handschlag bereidigt und somit als Stadtverordneter eingeführt.

- 1. Die Winterkartoffelversorgung der Einwohner von Waldburg-Altwasser baldigt vorzunehmen.
2. In die minderbemittelte Bevölkerung, insbesondere Sozial- und Kleinrentner, sowie Armenunterstützungsempfänger Lebensmittel, hauptsächlich Kartoffeln und Milch sowie Kleidung und Hausbrand zu herabgesetzten Preisen zum Verkauf zu stellen.

Nachdem er der Versammlung zur Beschlussfassung vorgelegt war, wurde er von der kommunistischen Fraktion eingehend begründet. Es entspann sich eine lebhafte Aussprache. Das ganze Haus war wohl davon überzeugt, daß den Armen der Armen irgend wie geholfen werden müßte, aber der Antrag der Kommunisten war ihnen doch zu weitgehend. Wir beantragten, mindestens 5 Millionen bewilligen zu wollen, damit eine durchgreifende Aktion in die Wege geleitet werden konnte.

Die Kommunisten sind ein glatter Prozess. Das zur Stunde ist nur bekannt, daß der KPD durch den Kampf... Die Arbeiter sind nicht zu überreden... Die Arbeiter sind nicht zu überreden...

Die Kommunisten sind ein glatter Prozess. Das zur Stunde ist nur bekannt, daß der KPD durch den Kampf... Die Arbeiter sind nicht zu überreden... Die Arbeiter sind nicht zu überreden... Die Arbeiter sind nicht zu überreden...

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlessen)

Bezirksleitung. Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 8933. Adresse: Alfred Döhlner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postfachkonto Breslau 58964, Alfred Döhlner.

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Josef Röhm.

Kommunistische Fraktion "Archimedes" und "Schmiedefeld": Dienstag, den 19. September 1922, besond. Vollziehung aller Kommunisten beider Bezirke im Parteibüro abends 7 Uhr. Infolge der Wichtigkeit der Tagesordnung vollständiges Erscheinen unbedingt notwendig.

Kommunistische Jugend Breslau: Heim Venus, Dienstag, den 19. September, abends 7 Uhr. Heimabend im "Minorenhof". Arbeitsgemeinschaft über "Kommunistische Disziplin".

Unterbezirk Waldburg. Raugensbieten, Mittwoch, den 20. September, abends 7 Uhr bei Dinter (Kinoaal). Oeffentliche Mitgliederversammlung. Außerst wichtige Tagesordnung. Sympathisierende und Zeitungslieferer sind eingeladen.

Unterbezirk Liegnitz. Büro: Ganteberg, Langestraße Nr. 11, Liegnitz.

Unterbezirk Liegnitz. Raugensbieten, Sonntag, den 23. September, abends 7 Uhr bei Dinter (Kinoaal). 2. Übungsabend des Sprechchor. Wir ersuchen alle Genossen und Genossinnen pünktlich zur Stelle zu sein.

Unterbezirk Liegnitz. Raugensbieten, Reichensdorf, Peterswalde, Sonntag, den 24. September, vormittags 9 Uhr, bei Klein (Mittelpeterswalde). Sitzung der Bezirksleitung. Jede Ortsgruppe hat mindest 3 Vertreter zu entsenden. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Liegnitz. Büro: Ganteberg, Langestraße Nr. 11, Liegnitz.

Unterbezirk Liegnitz. Raugensbieten, Montag, den 25. September: Oeffentliche Vollversammlung. Referent Genosse Döhlner. Thema: Warum müssen wir verhungern und warum werden unsere Besten eingekerkert und erschlagen?

Unterbezirk Liegnitz. Raugensbieten, Sonntag, den 20. September 1922, abends 8 Uhr. Beißen Hof (Krumm), Mitgliederversammlung. Wichtige Tagesordnung.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Schäfer. Insetate: Max Böhmer. Druck und Verlag: Produktionsgenossenschaft für den Provinz Schlessen, c. o. m. b. H., Königsplatz in Breslau.

Schauspielhaus
Opernabende, 8. 9. 25.45
Sente täglich 7 1/2 Uhr
Die Bajadere
Sonnabend, 7 1/2 Uhr
Die beiden Händeligen
Sonnt. nachm. 3 1/2 Uhr
Der Fidele Bauer

Circus Busch
Wochent. u. Abg. 8 Uhr
Der große Erfolg
der Fischelleite

Liebig-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr.
Das grosse September-Programm
Zeltgarten
Im prachtvollen Garten täglich 8 Uhr
Der grosse Varieté-Programm

Preiserhöhung!
Infolge der notwendigen Steigerung aller Material- u. Herstellungskosten sind die Gewürzungen, mit Wirkung vom **20. September 1922** ab unsere sämtlichen Preise erneut um **50%** zu erhöhen.
Verlag der Kommunist. Internationale
König- u. Internationaler Verlagsgesellschaft G. m. b. H.
BERLIN SW61

25.00 Mark
zahlt ich für 1/2 Flaschen
20.00 Mark
für 1/2 Literflasch. meiner Firma
H. Hennig
Schreibe- u. Dampfdruckerei
Hinterbleiche 5/6.

Vereinigung Internationaler Verbandsstellen
G. m. b. H. Berlin SW61
Wichtige Neuerscheinung:
ROSA LUXEMBURG
Koalitionspolitik oder Klassenkampf
Aus dem Inhalt:
Einkleitung von PAUL FROLICH
Eine aktuelle Frage
Die sozialistische Krise in Frankreich
Die Regierung der republikanischen Verfassung
Zum internationalen Kongress der Arbeiter
Der Abschluß der sozialistischen Krise in Frankreich
In dieser Schrift zeigt Rosa Luxemburg an einem französischen Beispiel die verderblichen Wirkungen der Koalitionspolitik für die Arbeiterklasse.
Für die aktuelle Politik von größter Bedeutung!
Preis 150 Mark
Organisationsbeitrag 100 Mark
Zu beziehen durch die Proletar-Genossenschaft für Schlessen, Breslau, Nikolaistr. 49/50